Mündliche Anfrage mit Antwort 27.03.2009

des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur auf die Frage 12 der Abg. Wolfgang Wulf, Dr. Gabriele Andretta, Daniela Behrens, Dr. Silke Lesemann, Matthias Möhle, Jutta Rübke, Stefan Schostok, Frauke Heiligenstadt, Claus Peter Poppe, Ralf Borngräber, Axel Brammer, Stefan Politze, Silva Seeler und Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)

Hat die Landesregierung die politische Bildung wieder entdeckt - aber nur für die Erwachsenenbildung?

Laut *rundblick* vom 16. Januar 2009 hat Wissenschaftsminister Lutz Stratmann angekündigt, dass die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung „in den kommenden Jahren …einen Schwerpunkt auf die politische Weiterbildung setzen“ werde. Es habe eine entsprechende Zentralstelle innerhalb der Agentur zu Beginn des Jahres ihre Arbeit aufgenommen, und sie „werde ein landesweites Konzept für die politische Bildung entwickeln, die Aktivitäten und Kompetenzen in diesem Bereich bündeln sowie Projekte initiieren und Ansprechpartner für die Bundeszentrale für politische Bildung sein“. Für diese Arbeit stelle das Land 150 000 Euro zur Verfügung. Die Notwendigkeit, die politische Bildung in der Erwachsenenbildung zu fördern, ist unbestritten. In einer von der Agentur selbst herausgegebenen Untersuchung „Räume politischer Bildung - Zur Programmpraxis in der niedersächsischen Erwachsenenbildung“ vom Mai 2007 wurde festgestellt, dass die „politische Bildung … nach wie vor auf der Agenda der anerkannten niedersächsischen Erwachsenenbildung“ stehe. Dabei hätten sich „das Arbeitsprofil und das Leistungsspektrum der politischen Bildung zwar differenziert“, sie habe „aber auch in vielen Einrichtungen nur noch eine marginale Bedeutung“. Vor diesem Hintergrund ist die Bildung eines Schwerpunktes im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung im Sektor der politischen Bildung nachvollziehbar. Unbeantwortet bleibt die Frage, welche Maßnahmen der politischen Bildung auf dem Gebiet der schulischen Bildung und der außerschulischen Jugendbildungsarbeit geplant. Niedersachsen verfügte mit der Landeszentrale für politische Bildung (NLpB) über eine über die Grenzen Niedersachsens hinaus hoch anerkannte Einrichtung, die hervorragende Arbeit leistete. Mit der Auflösung der Landeszentrale durch die CDU/FDP-Landesregierung ist nach Auffassung von Beobachtern das Profil der politischen Bildung in der staatlichen geförderten Bildungsarbeit in Niedersachsen nicht mehr erkennbar gewesen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Schwerpunkte setzt die Landesregierung im Sektor der politischen Bildung im Rahmen der Erwachsenen- und Weiterbildung mit der Einrichtung der Zentralstelle im Rahmen der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung, und wie soll die Zentrale personell und finanziell in den nächsten Jahren ausgestattet werden?

2. Wie will die Landesregierung den Bereich der politischen Bildung im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, insbesondere bei Jugendlichen, in Zukunft gestalten, und welche Aktivitäten sind in diesem Bereich für die Zukunft geplant?

3. Wie will die Landesregierung den Umfang an Aktivitäten durch die neu eingerichtete Zentralstelle für politische Bildung in der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung realisieren, der in anderen Ländern durch deren Landeszentrale für politische Bildung über den Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung hinaus geleistet wird?

Antwort:

Die in Niedersachsen im Bundesvergleich vorbildliche Erwachsenen-/Weiterbildung bietet herausragende Möglichkeiten, im Bereich der politischen Weiter-/Bildung neue Maßstäbe zu setzen und einen elementaren Beitrag zum Erhalt und zum Ausbau der demokratischen Gesellschaftsstrukturen zu leisten. Nachhaltig unterstützt werden kann dieses durch die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung als gemeinsame Plattform für das lebenslange Lernen.

Dieses vorangestellt, wird die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

Zu 1:
Die politische Bildung hat - historisch bedingt - in der niedersächsischen Erwachsenenbildung schon immer einen hohen Stellenwert, der sich auch im aktuellen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) abbildet. Gemäß § 8 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 NEBG gehört die politische Bildung zu den Maßnahmen, die den besonderen gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen und damit zu den höher bewerteten Bildungsmaßnahmen in der niedersächsischen Erwachsenen- und Weiterbildung. Um zu verdeutlichen, dass die politische Bildung trotz der Vielzahl neuer Aufgaben in der Erwachsenen-/ Weiterbildung (z. B. Offene Hochschule und Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung etc.) auch weiterhin eine vorrangige Bildungsaufgabe dieses Bildungsbereichs ist, hat sich die Niedersächsische Landesregierung dazu entschlossen, diesen Aufgabenbereich mit einem zusätzlichen jährlichen Mittelansatz in Höhe von 150 000 Euro auszustatten und eine Zentralstelle für politische Weiterbildung in der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung einzurichten und die dort vorhandenen Sach- und Personalressourcen mitzunutzen. Die Zentralstelle soll die vielfältigen Aktivitäten der plural strukturierten Einrichtungen mit ihren sehr unterschiedlichen Ansätzen zum Bereich der politischen Bildung in der Erwachsenenbildung koordinieren und auf der Grundlage des NEBG öffentlich sichtbar neue Impulse geben. Mit Blick auf das lebenslange Lernen ist es auch ein Ziel der Zentralstelle, die bestehende Zusammenarbeit mit dem MK im Bereich der politischen Bildung zu stärken und sie durch die Einsatzmöglichkeiten der niedersächsischen Erwachsenenbildungseinrichtungen im Sinne einer Vernetzung zu ergänzen.

Zu 2:
Für den Bereich der politischen Bildung auf dem Gebiet der schulischen Bildung sowie der außerschulischen Jugendbildungsarbeit ist der seit Anfang 2007 im MK eingesetzte Koordinator Jugend und politische Bildung zuständig. Durch die Einrichtung der Zentralstelle für politische Weiterbildung bleibt die bisherige Zuständigkeitsregelung unberührt. Sein Arbeitsfeld umfasst den Aufgabenbereich der politischen Bildung mit der eindeutigen Schwerpunktsetzung auf junge Menschen. In der Arbeit haben sich drei inhaltliche Schwerpunktsetzungen herausgebildet, die in der Regel in Kooperation mit anderen Ministerien und freien Trägern durchgeführt werden: die

Präventionsarbeit im Bereich des politischen Extremismus mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus (in Kooperation mit dem MI), die Erinnerungsarbeit mit dem Schwerpunkt Verbrechen des Nationalsozialismus (in Kooperation mit der Gedenkstättenstiftung) sowie schließlich der ehemaligen DDR sowie die Förderung des demokratischen Bewusstseins z. B. durch Maßnahmen zu den bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlen (Aktion „Juniorwahl“). Für die Jahre 2009 und 2010 sind die Jubiläen „60 Jahre Grundgesetz“ sowie „20 Jahre friedliche Revolution und 20 Jahre deutsche Einheit“ aktuelle Felder der politischen Bildung. Beim Koordinator Jugend und politische Bildung sind auch die Landeskoordination für das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ sowie der „Schülerfriedenspreis“ angesiedelt.

Zu 3:
Die verschiedenen Aufgaben in der politischen Bildung werden von der Landesregierung in enger Abstimmung mit den unterschiedlichen Trägern der politischen Bildung koordiniert und weiterentwickelt, um sichtbar ein Netzwerk politischer Bildung in Niedersachsen aufzubauen. Damit werden die differenzierten Aufgaben, die in anderen Bundesländern den Landeszentralen für politische Bildung übertragen sind, in effizienterer Weise in Kooperation wahrgenommen.